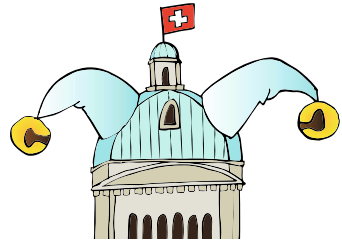


## Kunterbund Minder und die Löffelenten

«Danke, aber sind da nicht vorher noch Wahlen?» – so kommentierte der Ausserrhoder FDP-Ständerat **Andrea Caroni** auf Facebook den Umstand, dass die Parlamentarier bereits mit dem Kommissionssitzungsplan für das Jahr 2020 ausgestattet worden



sind. Ob Caroni dabei die Angst vor der Nichtwiederwahl oder doch der Traum vom Bundesratsamt umtrieb, bleibt offen. (bär)

**Thomas Minder** redete sich in der Ständeratsdebatte ins Feuer. Er wollte nicht, dass die Birkhühner, Fasanen, Schnell- und Löffelenten mit dem neuen Jagdgesetz leichter abgeschossen werden dürfen. Minder ist Ornithologe, mag Vögel und auch die grossen Tiere, die über die Grenze kommen und in der Schweiz bleiben: Bär, Wolf und Luchs. Sie haben Glück. Den Grenzgängern ohne Fell ist Minder selten so gut gesinnt. (ted)

## Asylgesuche beschleunigen

**Flüchtlinge** Ab dem 1. März 2019 werden alle neuen Asylgesuche im Rahmen von beschleunigten Verfahren behandelt. Der Bundesrat hat das dritte und letzte Paket der Asylgesetzrevision auf diesen Zeitpunkt hin in Kraft gesetzt. Die Reform wurde im Juni 2016 vom Volk angenommen. In den beschleunigten Asylverfahren gelten kurze Fristen. Damit die Verfahren gleichzeitig rechtsstaatlich korrekt und fair durchgeführt werden, erhalten Asylsuchende von Anfang an eine Beratung und Rechtsvertretung. Die meisten Verfahren sollen so innerhalb von maximal 140 Tagen abgeschlossen werden. Während dieser Zeit werden sich die Asylsuchenden in den Bundesasylzentren aufhalten. Dieses Prozedere wird seit 2014 in Zürich erprobt. Die Erfahrungen seien sehr positiv, so der Bundesrat gestern. (sda)

## Schweizer Renten für Kosovaren

**Sozialversicherung** Die Schweiz und Kosovo haben ein Sozialversicherungsabkommen unterzeichnet. Damit kommen Kosovaren dem Ziel ein Stück näher, auch dann schweizerische AHV- und IV-Renten zu erhalten, wenn sie wieder in ihrer Heimat leben. In Kraft tritt die Vereinbarung, wenn die Parlamente beider Staaten sie genehmigen. Dies ist voraussichtlich 2019 der Fall. Derzeit erhalten Kosovaren Renten nicht ins Ausland ausbezahlt, weil das mit dem früheren Jugoslawien abgeschlossene Abkommen seit 2010 nicht mehr angewendet wird. (sda)

# Bundesrat zieht Powerplay auf

**Bilaterale** In der heissen Phase der Verhandlungen mit der EU über ein Rahmenabkommen stellt der Bundesrat einen Plan B vor. Dieser soll die Schweizer Börse schützen, falls die EU Ernst macht und sie nicht mehr anerkennt.

Anna Wanner, Fabian Fellmann

Auf den ersten Blick erinnert das Vorgehen des Bundesrats an ein altes Spiel aus dem Kindergarten: Wie du mir, so ich dir. Sollte nämlich die EU die Anerkennung der Schweizer Börse bis Ende Jahr nicht verlängern, dann gibt die Schweiz zurück: Ausländische Börsen, die in der Schweiz kotierte Aktien handeln wollen, müssten neu ebenfalls eine Anerkennung besitzen. Laut Finanzminister Ueli Maurer erteilt die Schweiz nur jenen Handelsplätzen eine solche Anerkennung, von denen sie diese ebenfalls erhält. Das wäre nur ausserhalb der EU, zum Beispiel in New York, Tokio, Singapur.

Der erste Eindruck eines Powerplays mit der EU mag täuschen. Der Bundesrat will das Vorgehen jedenfalls nicht als solches verstanden wissen. «Wir setzen alles daran, die Anerkennung der EU zu erhalten», sagt Maurer. Das sei der Plan A. Der gestern skizzierte Plan B sei die «beste aller schlechten Varianten», beteuerte er. Trotzdem seien die Massnahmen eine wesentliche Voraussetzung für die Schweizer Börse, auch ohne Anerkennung der EU weiterhin Aktien handeln zu können. Denn sollte die Schweiz diese verlieren, droht das Handelsvolumen von über 1000 Milliarden Franken jährlich um sieben bis achtzig Prozent einzubrechen.

### Kaum Schaden für EU-Börsen

Laut Jörg Gasser, Staatssekretär für internationale Finanzfragen, würde ein Verlust der EU-Anerkennung den Aktienhandel gefährden, die Börse könnte abwandern. Mit der Gegenmassnahme will der Bundesrat das verhindern. Sein Kalkül: Wenn Schweizer Firmen ihre Aktien in die Schweiz zurückbringen und hauptsächlich am Börsenplatz Zürich handeln, kann der befürchtete Einbruch des Aktienhandels abgefedert werden.



Der Hauptsitz der Schweizer Börse SIX in Zürich.

Bild: Ennio Leanza/Keystone (5. Mai 2017)

Staatssekretär Gasser ist äusserst bedacht darauf zu betonen, es handle sich nicht um einen «aggressiven Akt» oder um Sanktionen. Allerdings bliebe der Plan B für die Börsenplätze der EU nicht ohne Folgen. Unternehmen und Händler müssten sich entscheiden, ob sie Aktien entweder in der Schweiz oder in Paris, Frankfurt und London handeln wollen. Beides ginge nicht mehr, wenn der Bundesrat den Plan B per Notrecht aktivieren würde. Spätestens per 31. Dezember 2018 träte dieser in Kraft.

Inwiefern die drei grossen Börsenplätze der EU deswegen Einbussen verkraften müssten, lässt sich nur sehr grob schätzen. Die Börse Frankfurt handelt Schweizer Aktien im Wert von rund 350 Millionen Euro pro

Monat – nur 0,3 Prozent des Gesamtvolumens von 121 Milliarden. Laut Staatssekretär Gasser wäre London von einem allfälligen Ausschluss am stärksten betroffen, im «mittleren einstelligen Bereich».

Marcel Schnyder, Investmentchef der Privatbank Reichmuth, sagt, die europäischen Börsenplätze würden wohl weniger Schaden nehmen als die Schweiz: «Aber auch die europäischen Börsen wollen kein Handelsvolumen verlieren.» Gasser bestätigt, Schweizer Titel seien zwar nicht existenziell für die europäischen Börsen: «Der internationale Handel nimmt aber Schaden, wenn wichtige Teile wie die Schweiz herausgelöst werden.»

Im Idealfall löst sich der Plan B in Luft auf, sobald die EU

die Schweizer Börse längerfristig anerkennt. Doch das ist an eine bekannte Bedingung geknüpft: das institutionelle Rahmenabkommen. Die Drohkulisse, welche die EU im Dezember aufbaute, begründete sie mit der Verzögerungstaktik der Schweiz: Die Verhandlungen bewegten sich nicht vom Fleck, obwohl der Bundesrat deren baldigen Abschluss in Aussicht gestellt hatte.

### Gegendruck auf Brüssel

Nach dem Reset der Verhandlungen durch Aussenminister Ignazio Cassis befinden sich die Gespräche derzeit in der heissen Phase. Europa-Staatssekretär Roberto Balzaretto wollte diese Woche für Verhandlungen in Brüssel, der technische Teil soll

bis Ende Juni abgeschlossen werden. Darum wirft Fragen auf, dass die Schweiz ihren Plan B für die Börse gerade jetzt kommuniziert. Zuvor hatte die EU durchsickern lassen, sie erwarte Konzessionen bei den flankierenden Massnahmen – worauf der Bundesrat nun per Plan B mit Gegendruck antworten könnte.

Offen ist, ob das Kalkül des Powerplays aufgeht. Die FDP befürchtet, der Bundesrat schiesse sich damit ins eigene Knie, wie sie gestern in einem geharnischten Communiqué kritisierte. Die Schweizer Börse ist hingegen froh, dass der Bundesrat mit Eventualmassnahmen Planungssicherheit schaffe, wie Sprecher Stephan Meier von der Six Group sagt. Der Markt wolle Klarheit, Sicherheit und Stabilität.

## Schwänzen für das Elite-Treffen

**Auslandsaufenthalt** Statt an der Bundesratssitzung hat Johann Schneider-Ammann an der geheimnisvollen Bilderberg-Konferenz teilgenommen. Seine Regierungskollegen reagieren mit Stirnrunzeln.

Er hatte Gewichtigeres zu tun. Als der Bundesrat gestern an seiner wöchentlichen Sitzung «das Überleben der Schweizer Börse» (O-Ton Finanzminister Ueli Maurer) zu sichern versuchte und sich mit dem Dossier Post befasste, war der Wirtschaftsminister nicht dabei. Er weilt derzeit an der 66. Ausgabe der Bilderberg-Konferenz, die gerade im norditalienischen Turin stattfindet.

Dort sinniert der ehemalige Unternehmer mit anderen Grössen der westlichen Welt über Populismus in Europa, Ungleichheit, künstliche Intelligenz, die USA vor den «Midterms», Freihandel und Russland. Themen wie diese stehen laut Website der «Bilderberger» auf der diesjährigen Traktandenliste.

Die Abwesenheit des Kollegen sorgte gestern für einiges Stirnrunzeln im Bundesrat. Denn

die Bilderberg-Konferenz, dieses geheimnisumwitterte und von Verschwörungstheorien umrankte Treffen von sorgsam ausgewählten Mitgliedern der westlichen Wirtschafts- und Politelite, der Verteidigungsindustrie und der Geheimdienste, ist ein privater Anlass. Der Inhalt der Debatten darf nicht nach aussen dringen, es gibt auch keine Protokolle.

### Im Bundesratsjet angereist

Schneider-Ammann war denn auch nicht vom Bundesrat nach Turin delegiert worden. Er folgte dem Ruf der «Bilderberger», deren Name sich von einem holländischen Hotel ableitet, auf eigene Faust, nachdem er eine persönliche Einladung erhalten hatte. Laut Irène Harnischberg, Sprecherin des Wirtschaftsdepartements (WBF), nimmt Schneider-

Ammann «an der Bilderberg-Konferenz in seiner Funktion als Vorsteher des WBF teil». Die Teilnahme diene dem «Austausch und der Kontaktpflege mit ausländischen Ministern und einflussreichen Persönlichkeiten im Interesse der Schweiz». Dass Bundesräte wegen Auslandsaufenthalt eine Bundesratssitzung verpassten, lasse sich leider nicht



Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann. Bild: Keystone

immer vermeiden, so die Sprecherin. Schneider-Ammann habe die Abwesenheit aber dem Bundespräsident Alain Berset gemeldet. Der Schweizer Minister sei mit dem Bundesratsjet nach Turin geflogen, so die Sprecherin. Die Unterkunft für die Gäste wird jeweils vom Bilderberg-Ableger des Gastlandes bezahlt.

Der Berner Bundesrat zieht die Gesellschaft der «Bildberger» nicht zum ersten Mal der Bundesratssitzung vor. Das war auch schon 2017 so, als die Konferenz in den USA stattfand. Damals traf der Wirtschaftsminister in der Konferenz auf US-Handelsminister Wilbur Ross. Heuer zählt Ross nicht zu den rund 130 Geladenen. Dabei sind Leute wie Henry Kissinger, Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der schwedische Industrielle Marcus Wallenberg (Gripen) oder Ursula

von der Leyen, deutsche Verteidigungsministerin. Starker Mann aus der Schweiz ist André Kudelski, Chef der Kudelski Group (digitale Sicherheitssysteme): Er gehört zum Lenkungs-Komitee von Bilderberg. Wladimir Putins Propagandaportal Sputnik spekulierte dieser Tage bereits, dass die «Bilderberger» den Krieg gegen Russland vorbereiteten.

Mehrere Bundesräte waren schon Gäste des elitären Privatclubs. So etwa Flavio Cotti (CVP), Christoph Blocher (SVP) oder Pascal Couchepin (FDP). 2011, als die Konferenz in St. Moritz stattfand, war Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) vor Ort. Sie reiste allerdings erst nach der Bundesratssitzung an: Am Freitagnachmittag, wie aus damaligen Medienberichten hervorgeht.

Henry Habegger